

Kirchensteuer:

Gegen „hemmungsloses“ Politisieren

Gross: Jungbärtige Beffchenträger gegen staatliche Politik

Hamburg/Köln — Nachdem bereits die seltsamen Ausführungen der Hamburger Theologin Dorothee Sölle anlässlich der Weltkirchenkonferenz in Vancouver die Empörung zahlreicher evangelischer Christen hervorgerufen hat, fordert jetzt der bekannte Publizist Johannes Gross (Köln), Herausgeber des Wirtschaftsmagazins „Capital“, in seinem Leitartikel das Ende der staatlichen Einziehung der Kirchensteuer. Die Kritik an den zunehmenden politischen Stellungnahmen von evangelischen Pfarrern und Kirchenleitungen habe zur Ablehnung des bisherigen Kirchensteuersystems geführt.

Wie der „Informationsdienst der Evangelischen Allianz“ aus dem Artikel von Gross anführt, sprächen „vor allem“ die „immer hemmungsloser politisierenden Kirchen“ gegen die bisherige Handhabung.

Für den Staat werde es — so der Publizist

und Fernsehmoderator — zur „ernsthaften Frage, ob er mit Hilfe seiner Bürokratie den Kirchenbürgern Gelder abpressen darf, die von den Kirchen ungeniert als Personal- wie als Sachausgaben zu politischen Zwecken eingesetzt werden, die keineswegs mit den Intentionen des Kirchenvolks übereinstimmen müssen“. Die Frage werde um so drängender, je mehr sich Tendenzen unter „jungbärtigen Beffchenträgern manifestieren, die auf eine aggressive Desavouierung der amtlichen Politik, der Politik der Verfassungsparteien und Gewerkschaften, ja von Verfassungszwecken selbst hinauslaufen“. Daß solche „Agitation als sanftmütige Seelsorge dargeboten“ und auch so aufgefaßt werde, dürfe keinen Staat täuschen, der „noch auf politischen Verstand Anspruch macht“. Zum Schluß schreibt der Protestant Gross: „Der Staat soll die christliche Religion schützen. Dem kann auch die Abschaffung der Staatskirchensteuer dienlich sein.“

Das Ostpreußenblatt, Hamburg
i k g s
24. September 1983

Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen

Jahrgang 13 / Folge 8

Hamburg 13, Parkallee 86 / 24. Februar 1962

3 J 5524 C

Überzeugend handeln

EK. „In Moskau muß man stets mit dem Unerwarteten rechnen und auf das Unwahrscheinliche gefaßt sein.“ Diese Äußerung des bekannten amerikanischen Diplomaten Charles Bohlen, eines der vertrauten Ratgeber des Präsidenten Kennedy, hat in diesen Tagen wiederum eine sehr aktuelle Bedeutung bekommen. Obwohl einmal der Kremlchef Chruschtschew zweifellos nicht ohne unerhebliche persönliche und vor allem auch innerpolitische Sorgen ist, obwohl die in Moskau zur Schau getragene Siegeszuversicht nicht ganz echt wirkt, läßt es der erste Mann der Sowjetunion in seiner Auseinandersetzung mit der freien Welt wieder am Unerwarteten noch am Unwahrscheinlichen fehlen. Bei uns im Westen aber, und zwar sowohl bei den Völkern des Bündnisses wie auch in den neutralen Ländern wächst ersichtlich ein gewisses Mißbehagen darüber, daß es offenkundig immer noch Moskau ist, das mit Drohungen und Lockungen die Initiative entfaltet, auf die die westlichen Mächte oft recht spät und sicherlich nicht immer sehr kraftvoll und überzeugend reagieren. Es fragen sich heute nicht nur Deutsche, Franzosen und viele Amerikaner, sondern auch schon Neutrale wie die Schweizer und andere, worauf sich im Grunde der vor allem in britischen, aber auch in manchen amerikanischen offiziellen Kreisen geäußerte Optimismus über die Möglichkeit echter Gespräche mit der Sowjetunion eigentlich noch stützt. Selbst hier werden die Antworten, die Washington und London bisher auf die doch wirklich ungeheuerlichen Herausforderungen der Sowjets und ihrer Trabanten in Berlin gaben, oft als schwächlich und unzureichend empfunden. Es war immerhin sogar ein britischer Journalist, der vor kurzem feststellte, das politische Spiel zwischen dem Kreml einerseits und dem Weißen Haus und dem britischen Außenamt andererseits sei bis heute vom Westen offenbar nicht ganz durchdacht und sicherlich nicht beherrscht worden. In Berlin, aber nicht nur dort, sondern auch in Asien, in der Frage der Raketenwaffen und auf vielen anderen Ebenen komme der aufmerksame Beobachter zu dem Schluß, daß bisher jedenfalls die robust operierende Sowjetunion ständig Gewinne eingeheimst habe, während die andere Seite manche Verluste verbuchen mußte.

Seit vierzig Jahren!

Daß man in der großen Auseinandersetzung mit Moskau stets mit dem Unerwarteten zu rechnen hat, daß man immer in diesem höchst raffinierten und von der anderen Seite mit großer Keckheit durchgeführten Spiel auf das Unwahrscheinliche gefaßt sein muß, ist im Grunde keine Neuentdeckung des Washingtoner „Sowjetexperten“ Charles Bohlen. Wer die politisch hemmungslose Taktik der Sowjets seit den Tagen der Oktoberrevolution und des verschlagenen Lenin über Stalin bis zu Chruschtschew auch nur einigermaßen genau verfolgt hat, weiß, daß mit diesen Operationen seit eh und je zu rechnen war. Niemand unterschätzt bei uns den echten und redlichen Willen der großen freien Nationen, durch eine wirkliche Lösung des Abrüstungsproblems, durch immer neue Versuche echter Gespräche über die deutschen und die anderen Schicksalsprobleme schrittweise eine Entspannung herbeizuführen. Gerade bei den Nationen des angelsächsischen Einflusses herrscht offenbar immer noch die Vorstellung, es müsse in alten Tagen möglich sein, über Kompromisse mindestens eine Verbesserung der so überaus gefährlichen und angespannten Situation zu erreichen. Echte Kompromißlösungen aber sind nur möglich, wenn auf beiden Seiten volle Bereitschaft zu einem gesunden Ausgleich besteht. Wer sich aber die Mühe gemacht hat, einmal das zu überprüfen, was man die „Sowjetangebote“, die „Friedenspläne“ des Kremls nennt, der weiß, daß mindestens heute eine solche Bereitschaft bei Chruschtschew und seinen Gefolgsleuten nicht besteht. Hier will man lediglich die mit Churchills und Roosevelts Hilfe eingebrachte Beute nunmehr für ewig in die Scheuern bringen. Hier fordert man die volle Kapitulation, die Preisgabe Mittel- und Osteuropas. Wann hat übrigens Moskau je einen Zweifel daran gelassen, daß es heute wie gestern die kommunistische Weltrevolution nach einer solchen Preisgabe des entscheidend wichtigen und deutschen und europäischen Raumes in alle Erdteile tragen will?

In aller Brutalität gesagt

In einer Botschaft an die sattem bekannte, von Ulbricht gesteuerte „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ in Ost-Berlin hat Chruschtschew persönlich in diesen Tagen erneut ganz klar gesagt, was er als Nahziel seiner „Befriedung“ im Auge hat. Er fordert den Abschluß seines hinreichend bekannten „Friedensvertrages“ mit Deutschland auf der Basis

der Teilung, ohne auch nur daran zu denken, für diese Selbstaufgabe die Mauer in Berlin abzureißen. Er fordert wiederum die Umwandlung West-Berlins in eine unter kommunistischem Einfluß stehende entmilitarisierte sogenannte „Freie Stadt“. Wer nun noch nicht begriffen hat, worum es geht, der ist inzwischen durch Chruschtschew und seinen Außenminister Gromyko darüber belehrt worden, daß der Kreml jeden Vorschlag der Amerikaner, doch wenigstens eine Regelung für Gesamtberlin zu finden und eine internationale Behörde zur Garantie der freien Zufahrt nach der Hauptstadt Deutschlands einzusetzen, schroff und unmißverständlich abgelehnt hat. Ist es ein Wunder, daß angesichts dieser klaren Bekenntnisse Moskaus nun auch die Leute draußen im Lande schon lange fragen, warum man überhaupt noch in London und vielleicht auch in manchen Washingtoner Kreisen an weitere Gesprächsmöglichkeiten glaubt? Den immerhin sehr bescheidenen Vorschlägen Kennedys und Macmillans, man möge doch die am 14. März in Genf wieder beginnenden Abrüstungsgespräche mit einem Treffen der vier Außenminister einleiten, damit dort nicht von vornherein wieder in die Luft geredet werde, hat Chruschtschew in einer Weise beantwortet, die auch hoffnungslosen Illusionisten zu denken geben sollte. Statt eines immerhin irgendwie hoffnungsvollen Außenministertgesprächs forderte der Chef des Kremls einen „Gipfel“ ganz eigener Prägung. Die USA und England hatten zugestanden, daß die Abrüstungskonferenz nicht etwa nur von den vier Großmächten, sondern von insgesamt achtzehn Staaten beschickt werden solle. Chruschtschew fordert nun, die Regierungschefs dieser achtzehn Staaten sollten zusammentreten. Hier würde es sich also um eine Art „Gipfelzirkus“ nach dem sehr persönlichen Geschmack des impulsiven und polternden sowjetischen Boss handeln. Chruschtschew erschien dort einmal zusammen mit seinen tschechischen, bulgarischen, rumänischen und rumänischen Trabanten. Er könnte nicht nur auf gewisse Meinungsverschiedenheiten etwa zwischen den angelsächsischen und den französischen und italienischen Regierungschefs spekulieren, sondern auch noch eine „Reserve-Kompanie“ ins Treffen führen. Dank der sehr bedenklichen Zugeständnisse Washingtons und Londons würden nämlich auf einem solchen Treffen auch Leute wie der hinreichend bekannte Nehru aus Indien, Nasser aus Ägypten, ein undurchsichtiger Repräsentant Brasiliens und ein solcher Birmas das Wort führen. Und wer an gewisse Äußerungen auf dem Belgrader Neutralistentreffen, in Kairo und auch in Delhi denkt, der weiß, wie sorgsam sich Herr Chruschtschew hier sein Forum bestellt hätte. Vermutlich hat nicht einmal Chruschtschew selbst daran geglaubt, daß dieser Wunsch in Erfüllung ginge. Immerhin sind die ersten Gegenäußerungen aus England so zaghaft und zahm ausgefallen, daß sie mit einiger Genugtuung im Kreml zur Kenntnis genommen wurden. Die Auslieferung des amerikanischen Piloten Powers, die sich Chruschtschew beziehungsweise mit der viel bedeutsameren Auslieferung seines Chefsponsors in den USA, den Genossen Abel, honorieren ließ, versucht Chruschtschew als Beweis seines guten Willens ins Gespräch zu bringen. Wir können uns kaum vorstellen, daß man in Washington auf diesen Trick hereinfällt.

Zeit zum Handeln

Man sieht, es wird ein hohes Spiel gespielt, und es ist nun wirklich an der Zeit, daß die führenden Staatsmänner der freien Welt mit aller Deutlichkeit betonen, daß sie Chruschtschews falsche Karten nicht bedienen werden. Nicht nur die ganze freie Welt, sondern auch alle die Völker und Menschen, die heute unter der eisernen Faust der roten Tyrannei

Die große Flutkatastrophe in Norddeutschland

Die riesige Naturkatastrophe, die am letzten Wochenende über das deutsche Küstengebiet an der Nordsee hereinbrach, hat viel Leid über Zehntausende von Menschen gebracht. Die Zahl der Todesopfer steht noch nicht fest, sie wurde bei Redaktionsschluß mit mehr als 225 angegeben, in Hamburg allein wurden 208 Tote geborgen. Stadtviertel und Dörfer mußten geräumt werden, Familien verloren ihre Habe. Die ganze Nordseeküste wurde zum Katastrophengebiet erklärt. An mehreren Stellen durchbrachen die durch einen Orkan hochgepeitschten Wogen der Nordsee die Dämme. Mit Aufbietung aller Kräfte versuchten die Bevölkerung, 25 000 Mann der Bundeswehr, die gleiche Zahl Rotkreuzhelfer, 10 000 Polizisten und freiwillige Helfer die gefährlichen Lücken abzudichten, was nicht überall gelang. 86 Quadratkilometer Land wurden überschwemmt. Auch die Flüsse waren über die Ufer getreten und das Hochwasser ergoß sich mit unheimlicher Schnelle über das umliegende Kulturland und drang in die Städte, Dörfer und Bauernhöfe.

Schwer getroffen wurde die Hansestadt



Foto: dpa

Endlich kommen die Retter...

Mit ihren Kindern — das jüngste auf dem Arm — ist diese Frau auf das Dach des Vorbaus vor dem steigenden Hochwasser geflüchtet. Das erschütternde Bild wurde in dem völlig überschwemmten Hamburger Stadtviertel Wilhelmsburg aufgenommen. Verzweifelt kämpfen hier Tausende von Menschen um das nackte Leben. Hohe Anerkennung verdienen die mutigen Helfer in der Katastrophe. Besonders bewährten sich die hierzu eingesetzten Verbände der Bundeswehr, der Bundesmarine und der Luftwaffe. Weitere Bilder finden unsere Leser auf Seite 18.

schmachten, alle die Unentschiedenen weiter, die Aussicht nach echter Hilfe und nach kraftvollem Beistand halten, blicken gebannt nach Washington. Wir alle wollen den Frieden, den echten Frieden, den wirklichen Ausgleich. Er kann nur geschlossen und bewahrt werden auf der Grundlage der unveräußerlichen Rechte freier Menschen. Man muß überzeugend auftreten gegenüber einer Macht, die unser aller Untergang heraufbeschwören will. Ihr imponiert kein endloses Handeln und Feilschen, kein ewiges Gerede. Ihr imponiert nur der entschlossene bekundete Wille, am Selbstbestimmungsrecht aller Völker, am Recht auf Freiheit und auf die natürliche Heimat auf keinen Fall rütteln zu lassen. Wenn erst der Eindruck entstände, der Westen erschöpfe sich immer nur in Worten, wo er klar und unmißverständlich seine Bereitschaft zur Tat zeigen müßte, dann wäre vieles verloren. Alles muß heute dafür geschehen, die Reihen der Verbündeten zu schließen, den Neutralen zu beweisen, daß sie allein unter dem Schutz eines kraftvollen Westens Aussicht auf eine glückliche Zukunft, auf ein Überleben haben. Wer unbeugsam für Recht und Glauben, wer überzeugend für die Freiheit aller Menschen eintritt, wer keine faulen Kompromisse schließt, ist unendlich stark, viel stärker als das manche Leute heute glauben möchten. Wer aber lau und matt auf die Herausforderungen des Ostens reagiert, wer nicht das Letzte für seine ganze Sache einsetzt, der gerät in Gefahr, seine eigenen alten guten Freunde zu verlieren und der wird sicherlich auch bei sehr gutem Willen keine neue gewinnen. Diese Tatsachen müssen klar sein, sie dürfen durch nichts verschleiert werden.

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Professor Herbert Kraus:

den überschwemmten Vierteln der Hansestadt wohnende Bevölkerung brachte die Flutkatastrophe erhebliche Einschränkungen — der elektrische Strom versagte, Gasversorgung und Telefon fielen aus, das Leitungswasser wurde ungenießbar, stundenlang schwieg der Rundfunk, der — wie einst im Kriege — als Übermittler von wichtigen Nachrichten wieder notwendig wurde. Als der Sendebetrieb wieder funktionierte, wurden dringliche Hinweise und Aufrufe an versorgungswichtige Berufe zur schnellen Arbeitsaufnahme durchgegeben.

Größte Sturmflut dieses Jahrhunderts

In diesem Jahrhundert hat sich eine derartige Sturmflut an der deutschen Nordseeküste nicht ereignet; die Sturmflut, die 1953 Holland heimsuchte, ist allerdings noch in böser Erinnerung. Diesmal stiegen die Wasser mehr als vier Meter über den Normalstand.

In Schleswig-Holstein ergossen sich die Fluten in Köge, die mühsam dem Meere abgerungen worden waren. Wenn man bedenkt, unter welchen Anstrengungen und welch ungeheuren Kosten dieses Land einst gewonnen wurde, und danach gegen den „blanken Hans“ verteidigt werden muß, kommt uns der unermeßliche Verlust zum Bewußtsein, den das deutsche Volk durch den Raub fruchtbaren Ackerlandes im Osten erlitten hat. Gegen die Halbinsel Eider-

Durch die Folgen der Flutkatastrophe im norddeutschen Küstengebiet ist sowohl die Arbeit der Redaktion des Ostpreußenblattes in Hamburg wie auch der Betrieb der Druckerei Gerhard Rautenberg in Leer/Ostfriesland behindert worden. Es war daher nicht möglich, alle für diese Folge vorgesehenen Einsendungen zu veröffentlichen. Auch bitten wir unsere Leser um Verständnis, falls sich die Postzustellung verzögern sollte. Die Ursache dazu liegt in höherer Gewalt.

stedt und auf Dithmarschen richtete sich der wuchtige Stoß der Springflut. Büsum und Wesselburen mußten teilweise geräumt werden. Durch schwere Beschädigungen des schmalen Hindenburgdammes, der die Insel Sylt mit dem Festland verbindet, wurde der Zugverkehr zeitweilig unterbrochen, doch mit einem Hilfspass der Bundesbahn herangeschaffte Arbeitskräfte konnten den Damm wieder ausbessern. Die unter Wasser gesetzten Halligen wurden durch Schuten mit Trinkwasser versorgt. Der Hafenkai von Helgoland erlitt Beschädigungen.

Fünf unserer Patenkreise betroffen

Mehrere Landkreise, die Paten ostpreußischer Heimatkreise sind, liegen in dem Katastrophengebiet: nördlich der Elbe Kreis Steinburg (Pr.-Holland) und Kreis Pinneberg (Fischhausen); am südlichen Elbufer Landkreis Harburg (Pillkallen/Schloßberg), Landkreis Stade (Goldap) und Kreis Land Hadeln (Labiau). Mit tiefem Mitgefühl vernahmen wir von der schweren Not, in die Gemeinden dieser Kreise geraten sind. Am härtesten wurden die Landkreise Stade, das Kehdinger Land und Harburg betroffen. Mehrere Todesopfer sind hier zu beklagen. An 25 Stellen brachen die Elbdeiche zwischen Stade und Buxtehude. Dörfer mußten geräumt werden, viel wertvolles Vieh ertrank. Die über Harburg nach Hamburg verkehrenden Züge mußten wegen Überschwemmungen an den Elbbrücken über Lüneburg und Lünebeck umgeleitet werden.

Schlimme Tage hatte Cuxhaven zu bestehen, wo das bekannte Seebollwerk „Alte Liebe“ zerstört wurde. Angehörige der Bundesmarine und der Bundeswehr leisteten hier wie auch in anderen Gegenden des Katastrophengebietes den anrollenden Fluten zähen Widerstand. Von mancher tapferen Tat kann hier berichtet werden. In Ehren sei der Tote der Bundeswehr gedacht, die ihr Leben bei den Rettungsaktionen ließen. Auf der Elbe kenterte vor Cranz ein Schlauchboot mit zwei Soldaten und einem Polizeibeamten. (Dieser Ortsname klingt uns Ostpreußen sehr vertraut. Es ist ein Dorf im oberschlesischen „Alten Land“, im Sommer ein beliebtes Ausflugsziel.) In Papenburg ertrank ein Pionier an einer Schleuse des Emsdeiches. Rastlos bemühten sich die Besatzungen von Hubschraubern, von Todesangst gepeinigten Menschen von Hausdächern und Bäumen zu retten. Transportgeschwader der Luftwaffe warfen Tausende von Sandsäcken an den Einbruchstellen ab, damit die hier arbeitenden Kameraden des Heeres diese schnell zur Hand hatten. Den Einsatz der militärischen Hilfskräfte leitete umsichtig Konteradmiral Bernhard Rogge. Das Rote Kreuz, das technische Hilfswerk, Mitglieder der Gewerkschaften und unzählige Freiwillige halfen nach besten Kräften. Bis zum Umfalle leisteten die Männer der Feuerwehr und der Polizei ihren aufreibenden Dienst.

Spendenaktion

Bremen (wo sechs Todesopfer zu beklagen waren), Bremerhaven, Oldenburg, Wilhelmshaven, Völlen und viele andere Orte wurden zu weiteren Schauplätzen der Katastrophe. Es ist leider nicht möglich, über Einzelheiten zu berichten, da zu der Stunde, in der dieser Übersichtsbericht geschrieben wurde, in Hamburg — dem Sitz der Redaktion des Ostpreußenblattes — jede Telefonverbindung ausfiel. Es ist das schwere Unheils genug, was diese wenigen Zeilen berichten.

Um die dringendste Not der von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Menschen zu lindern, haben die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zu einer Spendenaktion unter

Der rechtliche Status Ostdeutschlands!

„Annexionen sind nichtig!“
Klare Feststellungen des großen Völkerrechtslehrers

—r. Professor Dr. Herbert Kraus, der in aller Welt angesehene deutsche Völkerrechtslehrer, befaßt sich in einer soeben vom Göttinger Arbeitskreis herausgegebenen hochbedeutsamen Studie mit dem völkerrechtlichen Status der deutschen Ostgebiete innerhalb der Reichsgrenzen nach dem Stande vom 31. Dezember 1937. Wir werden auf die wichtige Arbeit noch im einzelnen eingehen. Die Studie gipfelt in 23 Thesen des großen Forschers, die wir schon heute im vollen Wortlaut veröffentlichen. Sie lauten:

1. Die Waffenstreckung der Deutschen Wehrmacht war ein ausschließlich militärischer Vorgang, mit dem deutscherseits den großen Mächten keine Ermächtigung zur Festlegung neuer deutscher Ostgrenzen gegeben wurde.
2. Die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937 durch die Berliner Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 war weder eine Annexion, noch eine Zuweisung, vielmehr eine Okkupation. Sie verhinderte Deutschland an der Ausübung seiner Hoheitsrechte, aber seine territoriale Integrität (Gebietsherrschaft) blieb unberührt.
3. Auf den Konferenzen von Teheran und Jalta wurde eine neue deutsche Ostgrenze nicht festgelegt.
4. Die auf der Konferenz von Potsdam — wie auch von Jalta — getroffenen Abreden enthalten eine Rückstellungsklausel, durch die die endgültige Grenzfestlegung bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt wurde.
5. Die auf der Potsdamer Konferenz nachträglich erteilte Genehmigung zur Verwaltung der deutschen Ostgebiete durch Polen bedeutet nicht ein Einverständnis mit einer Annexion der von Polen besetzten deutschen Ostgebiete. Entsprechendes gilt, was die Sowjetunion anlangt, für das nördliche Ostpreußen.
6. Die in Abschnitt XIII der Potsdamer Beratungen enthaltene Klausel über Massenausweisungen Deutscher wird zu Unrecht als ein Beweis für den Willen der großen Mächte verwendet, eine neue deutsche Ostgrenze festzulegen.
7. Polen ist weder den Potsdamer Beratungen beigetreten noch handelte es sich dabei um einen Vertrag zu seinen Gunsten, aus dem ihm Rechte erwachsen sind.
8. Abschnitt VI des Berichts über die Potsdamer Beratungen betreffend das nördliche Ostpreußen hat sachlich im wesentlichen den entsprechenden Inhalt wie der auf Polen bezügliche Abschnitt IV.
9. Der sogenannte „Görlitzer Vertrag“ zwischen der Regierung von Polen und der Zone, gegen den zahlreiche Proteste eingelegt worden sind, ermangelt rechtlicher Wirkung.
10. Die Behauptung, Polen habe einen Rechtsanspruch auf die von ihm beanspruchten deutschen Ostgebiete, weil es sich dabei um uraltes polnisches Land handle, widerspricht der historischen Wahrheit. (Historisches Argument.)
11. Polen kann sich nicht darauf berufen, daß ihm aus einem Fait accompli ein Anspruch auf die von ihm usurpierten deutschen Ostgebiete erwachsen sei.
12. Polen ist aus dem Verhalten Deutschlands kein Strafanspruch erwachsen.
13. Deutschland schuldet Polen im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachung der ihm und dessen Angehörigen deutscherseits zugefügten Schäden, Staatsgebiet ist jedoch kein geeignetes Wiedergutmachungsobjekt.
14. Die Forderung Polens auf die von ihm beanspruchten deutschen Ostgebiete unter dem Gesichtspunkt des Schadenersatzes für seine an die Sowjetunion verlorenen östlichen Gebiete durch die Oder-Neiße-Gebiete scheitert am Mangel einer kausalen Verknüpfung. Entsprechendes gilt für einen Aufrechnungsanspruch Polens (Kompensationstheorie).
15. Die gewalttätigen Griffe Polens und der Sowjetunion auf die deutschen Ostgebiete sind Annexionen.
16. Annexionen sind zufolge eines gewohnheitsrechtlich entstandenen globalen, völkerrechtlichen zwingenden Verbots untersagt, das auch für und gegen Deutschland gilt.
17. Art. 107 der Satzung der Vereinten Nationen berechtigt Polen und die Sowjetunion nicht zur Annexion deutscher Ostgebiete.
18. Entsprechendes gilt für den to quoque-Grundsatz und den Begriff der Repräsentation.
19. Eine Folge der Völkerrechtswidrigkeit der Annexion der deutschen Ostgebiete ist die Entstehung von Pflichten zur Wiedergutmachung, insbesondere der Räumung dieser Gebiete nach Kriegsende durch Polen bzw. die Sowjetunion.
20. Das Ende des gegen Deutschland geführten Krieges ist nicht erst mit den verschiedenen einschlägigen Proklamationen der früheren deutschen Kriegsgegner erfolgt, es ist vielmehr mit dessen Zusammenbruch eingetreten.
21. Annexionen sind nichtig.
22. Eine weitere Folge der Völkerrechtswidrigkeit von Annexionen der deutschen Ostgebiete ist die Entstehung von auf Nichtanerkennung gerichteten Pflichten dritter Staaten.
23. Ob Polen und die Sowjetunion das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachtet haben, hängt davon ab, ob es sich dabei um ein subjektives Recht der unmittelbar betroffenen Bevölkerung handelt oder nur um ein internationales Ordnungsprinzip, was nach positivem Völkerrecht unstritten ist; nach Naturrecht hingegen ist der Rechtscharakter zu bejahen.

Preußens Auftrag

—r. Am 25. Februar 1947 — also vor nunmehr fünfzehn Jahren — erließ der Viermächte-Kontrollrat der Siegerstaaten jenes berühmte Gesetz Nr. 46, durch das Preußen für immer aus dem Gedächtnis der Nachwelt tilgen wollte. Es ist wohl bezeichnend und symbolisch, daß der gleiche Viermächte-Kontrollrat kurze Zeit darauf bereits funktionsunfähig wurde. Zu einem aus dem Geist der Stalin, Roosevelt, Churchill und Morgenthau diktierten Art des Hasses und der Rache reichte es noch. Die Militärgouverneure, die hier einen hintergründigen Auftrag vollzogen, behaupteten wahrheitswidrig, das Gesetz gegen Preußen solle „der weiteren Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage“ dienen; sie behaupteten weiter, Preußen sei „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen“. Auch in der Geschichte, die doch mit langen Zeiträumen rechnet, haben Lügen kurze Beine.

Alle echten Historiker des In- und Auslandes wissen sehr genau und haben das auch oft genug betont, daß Preußen vor der Geschichte ganz anders dasteht, als es die verlogenen Propagandisten und die Männer der Rache und des abgründigen Hasses wahr haben wollten. Sie haben nachgewiesen, daß das angeblich so militaristische Preußen nicht nur ein Hort der vorbildlichen Toleranz, der Menschlichkeit und der einzigartigen Pflichttreue war, sondern daß das gleiche Preußen auch weit weniger Kriege geführt hat als etwa England und Frankreich! Ame-

dem Kennwort „Hochwasser“ aufgerufen. Geldspenden können auf folgende Konten eingezahlt werden:

Arbeiterwohlfahrt — Hauptauschuß, Postcheckkonto Köln 1035; Innere Mission und Hilfswerk der EKID, Postcheckkonto Stuttgart 8406; Deutscher Caritasverband, Postcheckkonto Karlsruhe 7926; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Postcheckkonto Frankfurt a. M. 146958; Deutsches Rotes Kreuz, Postcheckkonto Köln 7700; Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Postcheckkonto Frankfurt a. M. 144587.

Weitere Nachrichten und Fotos auf Seite 18.

Von Woche zu Woche

Angesichts der Milliarden Schäden, die Norddeutschland durch die Sturmflut erlitten hat, stellt die Bundesregierung einen Wiederaufbauplan zur wirksamen Hilfe auf. Die ersten Hilfsmaßnahmen wurden bereits von den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen beschlossen.

Die Preise für Hin- und Rückflüge zwischen Berlin und dem Bundesgebiet werden vom 1. März an um rund 20 Prozent verbilligt. Bei der Verbilligung werden die bisherigen Unterschiede zwischen dem teureren Tagflug und dem Nachtflug beseitigt.

Die Frage des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte und Versorgungsempfänger des Bundes soll im Rahmen der Novelle zum Besoldungsgesetz überprüft werden, wie aus Bonn berichtet wurde.

Einen Mindesturlaub von drei Wochen sollen alle Arbeitnehmer erhalten, die mindestens

Tätiger Beistand

Aus Anlaß der schweren Naturkatastrophe, die Hamburg und Nordwestdeutschland betroffen hat, richtete der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen folgendes Telegramm an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg z. H. Herrn Bürgermeister Dr. Paul Nevermann:

„Der heute in Hamburg tagende Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen nimmt mit tiefer Erschütterung an dem schweren Unglück teil, von dem die Stadt Hamburg und die benachbarten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen betroffen wurden.“

Als Repräsentanten eines deutschen Landes, dessen Menschen unter dem Schicksal der Vertreibung aus ihrer Heimat leben, stehen wir in dieser Stunde an der Seite derer, die Opfer der Katastrophe wurden.

Als bescheidenen Beitrag zur Linderung der ersten Not haben wir an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, den Betrag von 5000,— DM überwiesen.

Der Bundesvorstand
der Landsmannschaft Ostpreußen
Dr. Alfred Gille
Sprecher“

fünf Jahre lang einem Betrieb angehören oder wenigstens 35 Jahre alt sind. Dies sieht der CDU-Entwurf für ein Bundesurlaubsgesetz vor.

Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen neun und elf Prozent fordert die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, die zum 31. März die alten Tarife gekündigt hat.

Die Parteitage der Gesamtdeutschen Partei und der FDP finden im Mai statt. Die Gesamtdeutsche Partei wird am 5. und 6. Mai in Bad Godesberg zu einem außerordentlichen Parteitag zusammentreten, während der Parteitag der FDP vom 23. bis 25. Mai in Düsseldorf stattfindet.

„Kartoffelfreie Tage“ wurden in mehreren Städten und Bezirken der Sowjetzone eingeführt, um die Versorgungsschwierigkeiten mit Kartoffeln zu überwinden. Infolge der Mißernte wurden in der SBZ bereits Kartoffeln aus Polen eingeführt, die mit einigen tausend Personenaufwänden aus der „volkseigenen“ Produktion bezahlt werden mußten.

Bundesvorstand an Professor Kraus

Anlaßlich des Erscheinens des bedeutsamen Werkes über den Status der deutschen Ostprovinzen richtete unser Bundesvorstand an Herrn Professor Dr. Herbert Kraus in Göttingen folgendes Grußtelegramm:

„Sehr verehrter Herr Professor!“

Der in Hamburg versammelte Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen hat mit großer Freude und lebhaftem Interesse von Ihrer Studie über den völkerrechtlichen Status der deutschen Ostprovinzen Kenntnis genommen. Er begrüßt Sie zu diesem hochbedeutsamen Werk und stimmt vor allem Ihren 23 Thesen voll zu. Wir beglückwünschen Sie zu dieser großen Leistung und wünschen Ihnen, dem Träger des Preußenschildes, beste Gesundheit und weiterhin erfolgreiche Schaffenskraft.

Der Bundesvorstand
der Landsmannschaft Ostpreußen
Dr. Gille, Sprecher“

Ein Freund und Helfer

r. Ganz kurz vor seinem 73. Geburtstag ist in einem römischen Krankenhaus Kardinal Aloysius Muench einem schweren Leiden erlegen. Der amerikanische Kurienkardinal, der von Papst Johannes in den Vatikan berufen wurde, ist ein Sohn einer deutschen Einwandererfamilie. Vor dem Zweiten Weltkrieg wurde er in den USA Bischof der Diözese Fargo. Muench, der als amerikanischer Wehrmachtbischof nach Deutschland kam, wurde in der außerordentlich schwierigen Zeit nach 1945 vom Papst Pius zunächst zum Visitenote des Vatikans für die katholische Kirche in Deutschland, 1951 zum ersten päpstlichen Nuntius in der Bundesrepublik Deutschland ernannt. In den ersten Nachkriegsjahren hat er sich mit großer Energie für Hilfsaktionen in Deutschland eingesetzt. In jenen Monaten, als die Siegerstimmung unter den Besatzungsmächten herrschte, trat er mit Nachdruck für die Belange des so hart geprüften deutschen Volkes nach besten Kräften ein. Als Papst Pius, der selbst so viele Jahre apostolischer Nuntius in Deutschland gewesen war, ihm sein altes Amt übertrug, sah Kardinal Muench darin eine große und verantwortungsvolle Aufgabe, der er nach besten Kräften diente.

Was tut die Kirche für unser Selbstbestimmungsrecht?

Ein aufrüttelnder Appell von Propst D. Hans Asmussen

Der evangelische Propst D. Hans Asmussen stellt in der Wochenzeitung „Christ und Welt“ an die Evangelische Kirche und die Ökumene die dringende Frage, warum sie sich nicht für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einsetzen. Asmussen, der gerade in den Nachkriegsjahren mit größtem Einsatz und eigener Persönlichkeit für die Linderung der Not, für die Betreuung der deutschen Kriegsgefangenen und viele andere Anliegen eintrat, wandte sich zugleich sehr eindrucksvoll gegen die Verjährung des kirchlichen Sündenbekenntnisses von 1945 als ein politisches Bekenntnis gegenüber den Siegern. In seinem aufrüttelnden Artikel betont Propst Asmussen:

„Der Rat der EKD hat 1945 die Erklärung von Stuttgart erlassen. Diese Erklärung war ein Sündenbekenntnis. Das Bekenntnis sollte eine Erklärung einer kirchlichen Stelle an kirchliche Stellen sein. Da unser Volk nicht sprechen konnte, sprach die Kirche. Sie war aber nicht der Mund des Volkes. Dazu hatte sie keinen Auftrag. Die Kirche mußte sogar fürchten, daß sie politisch mißverstanden würde. Wenn es auch kein Protokoll über die Sitzung gibt, an welcher Vertreter der Ökumene teilnahmen, so läßt sich doch nachweisen, daß den Versammelten die Gefahr eines politischen Mißverständnisses durchaus bewußt war. Davon zeugt das letzte Votum, welches Vissert Hooft, der Generalsekretär des Weltrates der Kirche abgab. Er erklärte, die Vertreter der deutschen Kirche möchten sich unverzüglich an die kirchlichen Stellen des Auslandes wenden, wenn ein solcher politischer Mißbrauch drohe.“

Worin konnte dieser Mißbrauch bestehen? Unser Sündenbekenntnis, von einer kirchlichen Stelle vor kirchlichen Stellen abgelegt, konnte als stellvertretendes Schuldbekenntnis des deutschen Volkes vor den Siegern verwendet werden. Das betraf vor allem den ersten Absatz der Erklärung: „Man spricht da von dem Leid und der Schuld unseres Volkes; darin wisse man sich in Gemeinschaft und Solidarität. „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“ Daß das aber nicht als Schuldbekenntnis vor dem Sieger verstanden sein wollte, zeigt der letzte Abschnitt, in welchem davon gesprochen wird, daß der Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute (also nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzung!) von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde.“ Die Stuttgarter Erklärung war also nicht nur ein Sündenbekenntnis. Sie deutete auch die Bereitschaft an, gegen das Unrecht aufzutreten, wenn es vom Sieger begangen werden sollte. Es wurde eine Verpflichtung übernommen, für unser Volk einzustehen, auch gegenüber dem Sieger.

Seither sind sechzehn Jahre verflossen. Hat der Rat der EKD und hat ihre Synode die Verpflichtung, die in der Stuttgarter Erklärung enthalten ist, in Treue auf sich genommen? Hat uns die Ökumene hierin beigegeben? Ich selbst habe als Präsident der Kanzlei kurz nachher eine offiziöse Auslegung der Stuttgarter Erklärung herausgehen lassen, die im Rat keinen Widerspruch fand, in der ich der Verpflichtung gerecht zu werden versuchte. Prälat Hartenstein und ich haben uns noch 1945 nach Amerika und England gewandt, um auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam zu machen. Wir haben um die Kriegsgefangenen gekämpft und sind dabei wirkungsvoll vom Bischof von Chichester und von anderen Stellen unterstützt worden. Seither ist die Kette solcher Versuche, der Stuttgarter Erklärung gerecht zu werden, nicht abgerissen, wenn auch verständlicherweise mehr und mehr die geordneten deutschen Instanzen an unsere Stelle traten.

Barth, Niemöller und ihre Freunde

Allerdings darf nicht vergessen werden, daß von einem sehr frühen Zeitpunkt an auch andere Stimmen in der EKD hörbar wurden: Es sei durchaus verwerflich, wenn wir von dem Unrecht sprächen, welches der Sieger am deutschen Volke täte. Es dürfte nunmehr nur noch von der deutschen Schuld gesprochen werden.

Zum Fall Buceius-„Stern“

bemerkt der „Deutsche Ostdienst“ u. a.:

„Es wird oft übersehen, daß der umstrittene „Stern“-Artikel nur den letzten Stein des Anstoßes in einer Reihe von Begebenheiten bildete, die zu dem — immerhin konsequenten, wenn auch recht späten — Schritt des Hamburger Verlegers führten. Buceius hat nicht nur aus seiner Gegnerschaft gegen Bundeskanzler Adenauer nie einen Hehl gemacht, was schließlich seine Privatangelegenheit ist. In den von ihm verlegten Organen wird jedoch eine Politik vertreten, die in weiten Bereichen grundsätzlicher Art vom Standpunkt der CDU abweicht, so etwa die Frage der Wiedervereinigung, der Verteidigung, des sogenannten Disengagements, der Ostpolitik (Beziehungen zu den Satellitenstaaten) sowie — was hier besonders interessiert — auch in heimatpolitischen Fragen (Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, Sudetenfrage).“

Der Verleger und Politiker Buceius gab sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt vertriebenfreundlich, insbesondere was die Fragen des Lastenausgleichs und der Eingliederung betraf. Dem Verleger schwebte damals im Hinblick auf die Wahrnehmung der Interessen der Vertriebenen und ihre Angleichung an die gesamtdeutschen Interessen ein großes Zeitungsprojekt vor. Diese Pläne konnten nicht verwirklicht werden. In den letzten Jahren hat die Buceius-Presse fortgesetzt insbesondere an den heimatpolitischen Bestrebungen der Vertriebenen scharfe Kritik geübt.“

Diese Stimmen hatten einen starken Rückhalt an Karl Barth. Sie wurden und werden am häufigsten in dem Kreis um Niemöller gefunden. Sie haben viel Ärgernis angerichtet. Viele evangelische Christen haben sich von der evangelischen Kirche abgewendet. Bischof Dibelius pflegte anders zu sprechen. Es ist ihm aber nicht gelungen, sich durchzusetzen. Der Kreis um Niemöller wurde in Deutschland immer mehr zurückgedrängt. Aber es kam nicht zu einem eindeutigen „Entweder-Oder“. Das wirkte sich besonders im Ausland aus. Hier hat man

Mißbrauch des Sündenbekenntnisses von 1945

Hierzu kam, daß die Gruppe Barth/Niemöller/Vogel/Gollwitzer Ost und West ganz anders beurteilten als 98 Prozent der evangelischen Kirchenglieder Deutschlands. Diese Gruppe hat mit großem Aufwand ihre Kritik gegen den Westen vorgebracht, aber ebenso deutlich dem Osten gegenüber geschwiegen. Das bedeutete im Westen nicht viel, weil ja im Westen Redefreiheit herrscht und weil der Westen bisher dem „Geist der Vergeltung und der Gewalt“ gegen das deutsche Volk nicht viel Raum gab, im Gegenteil den Westen Deutschlands stark unterstützte. Für Moskau war das aber eine gewonnene Schlacht, so wie das Totschweigen der russischen und rumänischen Exilkirchen eine gewonnene Schlacht für Moskau bedeutet. Es ist für den Kream ein unerhörter Vorteil, wenn er nicht mehr als der Verfolger der Christen gilt. Hierzu hat der Kream durch die genannte Gruppe agile Eideshelfer gewonnen. Durch den Verlauf von Neu-Delhi ist dieser Erfolg, wenn möglich, noch gesteigert worden.

In diesen ganzen Auseinandersetzungen ist unter denen, welche der Niemöller-Gruppe nicht angehören, eine große Zaghaftigkeit an den Tag getreten, das Recht des deutschen Volkes in Gottes Namen zu vertreten. Daß wir uns als Deutsche zu der von den Nazis übernommenen Schuld durch Wort und Tat zu stellen haben, ist nie bezweifelt worden. Ich kenne keinen namhaften Kirchenmann, der dies abgelehnt hätte. Anders jedoch sieht es aus mit der Verpflichtung, sich für das Recht der Deutschen stark zu machen. Darin zeigte man sich sehr zaghaft. Dadurch ist aber ein ganz falsches Bild entstanden, dessen Grundzüge durch die christliche Wahrheit nicht begründet werden können. Indem wir die in Stuttgart übernommene Verpflichtung, gegen neues Unrecht aufzutreten, nicht mit gleicher Lautstärke verkünden wie die Untaten der Deutschen, versäumen wir als christliche Gemeinschaft unsere Aufgabe, wir werden untreu gegen die Anfänge von 1945. Das Sündenbekenntnis von 1945, von einer kirchlichen Stelle vor kirchlichen Stellen abgelegt, wird zu einem peinlichen Akt der Selbstentblößung.

Das gilt besonders, wenn das, was ursprünglich als ein Akt unter Kirchen gemeint war, als

offensichtlich bis heute nicht begriffen, daß Niemöller und seine Freunde gar nicht berechtigt sind, im Namen der Evangelischen in Deutschland oder wohl gar im Namen der Deutschen zu sprechen. Hätte man das begriffen, dann hätte er in Neu-Delhi nicht zu einem Präsidenten gewählt werden können. Aber daran waren die deutschen Delegierten nicht ohne Schuld. Offensichtlich hat keiner von ihnen die Kirchen der Welt darauf aufmerksam gemacht, wie es in Deutschland aussieht.

Die Situation wurde in diesen sechzehn Jahren durch die Teilung Deutschlands besonders verwirrt. Sie war nur möglich, weil die Siegermächte in zwei große Gruppen auseinanderfielen. Dem suchte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) durch die Behauptung von der Einheit der EKD zu begegnen. Ob sie dabei von Eisenach an richtig vorgegangen ist, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls mußte sie von Eisenach an die Einheit teuer erkaufen...

ein politischer Akt behandelt wird. Jeder Beschuldigte hat ein Recht auf ein geordnetes Verfahren. Die Kirchen der Ökumene haben uns unser Bekenntnis abgenommen. Sie haben uns in den sechzehn verflossenen Jahren keine besondere Buße und Verpflichtung auferlegt. Sie haben uns schon 1948 in Amsterdam als vollberechtigte Glieder der ökumenischen Gemeinschaft behandelt. Das war so gut wie ein gesprochenes Wort. Würde dieses Wort ausgesprochen, dann müßte es etwa so lauten: „Wir Kirche des Volkes ist, in dem der Nazismus geschränkt auf, weil sie die evangelische Kirche des Volkes ist, in dem der Nazismus geboren wurde. Wenn ihr Deutschen Beschwerden habt oder gar Beschwerden, dann werden wir sie genauso respektieren wie die Beschwerden der Kirchen, die in Zululand, in Indien oder einem der Siegerstaaten leben. Wenn ihr darunter leidet, daß eurem Volke bestimmte Grundrechte abgesprochen oder vorenthalten werden, dann werden wir genauso an eurer Seite stehen, wie wir an der Seite unterdrückter Völker stehen, die zur Kirche ihre Zuflucht nehmen, weil sie sonst keinen Fürsprecher haben.“ Warum spricht die Ökumene eigentlich heute nicht mehr so?

Das alles wird noch dringlicher, wenn wir ins Auge fassen, daß unser Sündenbekenntnis von Stuttgart politisch mißbraucht worden ist. Es ist nicht zu leugnen, daß der Eindruck entstanden ist, als sei die Stuttgarter Erklärung eine Art theologischer Begründung für einen Plan à la Morgenthau und für die Pläne, uns zu sowjetisieren. Da unser Bekenntnis nun einmal in das politische Forum gezogen ist, wird es Zeit, daß zuerst unsere kirchliche Vertretung in Deutschland, dann aber auch die Ökumene, allen denen entgegentritt, welche den Deutschen ihr Recht, zum Beispiel das Recht auf Selbstbestimmung, verweigern. Es mag eine Fehlentwicklung sein, daß seit Versailles Friedensschlüsse etwas von einem Urteil in einem Strafprozeß an sich haben. Das ist nicht die Schuld der Deutschen und erst recht nicht die Schuld der EKD. Nachdem die Dinge nun einmal so gelaufen sind und nachdem der Hitler-Staat der Fortsetzung dieser Methode in jeder Weise Vorschub geleistet hat, werden wir Deutsche das nicht aus der Welt schaffen können.

Wer schützt die Schwachen?

Es ist also wahrscheinlich, daß ein kommender Friedensvertrag ein Urteil über Deutschland involvieren wird. Wenn aber nur an Derartiges gedacht werden muß, ist die Kirche, welche das Stuttgarter Wort gesprochen hat, auf den Plan gerufen. Denn auch, wenn sich die Völker für diesen Weg entscheiden, muß Recht geschehen. Der Geist der Vergeltung und der Gewalt muß bekämpft werden. Ob es sich dabei um offene oder um kaschierte Gewalt handelt, ist ziemlich gleichgültig. Es bedarf also großer Wachsamkeit der Kirchen, vor allem der in Deutschland lebenden Kirchen, aber doch auch der Ökumene. Das deutsche Volk muß sein Recht finden. Nachdem die Kirchen nicht mehr wie 1945 die einzigen Sprecher des deutschen Volkes sind, muß die Kirche auf das Verfahren besondere Aufmerksamkeit verwenden. Die Kirchen können es nicht verantworten, wenn die Schwächeren wehrlos den Großen preisgegeben werden.

Die Krise der UNO macht die Aufgabe kirchlicher Stellen besonders dringlich. Im Augenblick gibt es offensichtlich keine Stelle in der Völkergemeinschaft, die den Schwächeren schützt. Das sollte Grund genug für die Kirche sein, sich ihrer Aufgabe bewußt zu werden. Wir Deutschen dürfen nicht daran denken, die Zeit Hitlers als ungeschehen zu betrachten. Aber ebensowenig dürfen wir uns der offensichtlichen Ungerechtigkeit beugen. Die Christen müssen den verantwortlichen Stellen im deutschen Volke den Rücken stärken, daß sie der Versuchung der Selbstaufgabe nicht anheimfallen. Denn sich selbst aufzugeben, ist eine Form des Nihilismus. Der Gratz, welcher wahre Buße von der Selbstaufgabe trennt, ist messerscharf. Nur vor Gott haben wir ein Recht, uns selbst aufzugeben.

Wir müssen also den verantwortlichen Stellen unserer Kirche zurechnen, daß Schuld sein muß mit dem Exhibitionismus, wie ihn die Gruppe Niemöller, Barth, Kloppenburg betreibt. Es darf aber auch in der ökumenischen Gemeinschaft kein Zweifel darüber herrschen, daß wir Recht für unser Volk wollen und Recht

im Namen Gottes fordern. Mag die Tagung von Neu-Delhi für uns sehr entmutigend sein — und sie ist es tatsächlich —, so fordern wir dennoch, daß die ökumenische Gemeinschaft die Befreiung unserer Brüder aus dem Kolonialismus der Sowjets mit uns betreibt und sich dafür einsetzt, daß wir Westdeutsche diesem Kolonialismus nicht auch noch verfallen. Die Selbstbestimmung ist ein Recht, welches unter den Völkern unserer Zeit als unantastbar gilt. Ob Selbstbestimmung ein göttliches Recht ist, mag dahingestellt bleiben. Daß aber ein Mensch und ein Staat zu einem gegebenen Wort stehen müssen, ist ein göttliches Recht. Und zum Selbstbestimmungsrecht haben sich nun einmal die Staaten unserer Zeit bekannt.

Marokkos Juden wollen auswandern

NP Tanger

22.000 jüdische Einwohner des Königreiches Marokko haben den König gebeten, ihnen die Auswanderung zu gestatten. Der Herrscher stimmt dem Ersuchen zu, anscheinend jedoch, ohne die Regierung zu fragen. Wohl aus diesem Grunde sieht er sich neuen schweren Angriffen sowohl der Oppositions- wie der regierungstreuen Presse ausgesetzt. Dabei haben diese 22.000 Juden ausdrücklich bekundet, sie wollten keinesfalls nach Israel auswandern. Die Juden wollen sich vielmehr eine neue Heimat in Übersee suchen, vorzugsweise in den USA und Kanada. Außerdem handelt es sich ausschließlich um Arbeiter, die bisher von der Hand in den Mund lebten. Sie konnten also in Marokko keine Reichtümer sammeln. Wenn die Presse trotzdem gegen die Zusage des Königs tobt, dann geschieht es wohl nur, um ihm neue Schwierigkeiten zu machen. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß Hassan zum Thronverzicht bewogen werden soll. Die Gespräche mit der algerischen FLN über eine Republik Marokko scheinen schon ziemlich weit gediehen zu sein.



Gehenburg 1961

Die Aufnahme oben zeigt den Bahnhof von Gehenburg, wie er heute aussieht. Unten die Kirchstraße.



Gomulka windet sich

Die in London erscheinende Polenzeitung „Tydzien Polski“ berichtet: Nach Mitteilung von Auslandskorrespondenten ist die merkwürdige Formulierung, die Gomulka zum Thema Katyn auf seiner Rede anlässlich der 20-Jahr-Feier der polnischen KP gebrauchte, Gegenstand zahlreicher Kommentare in Polen.

Wörtlich sagte Gomulka: „Die vom Londoner Lager aufrechterhaltene Goebbelsche Provokation von Katyn führte zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der polnischen Regierung in der Emigration und der Sowjetunion.“

Dazu schreibt die „Frankfurter Allgemeine“: Gomulka, der zu verstehen gab, daß die deutsche Propaganda die Katyn-Affäre für ihre Zwecke ausgenutzt hatte, erinnerte mit keinem Wort daran, wie es zu der Ermordung vieler tausender polnischer Offiziere in Katyn gekommen war. Im allgemeinen wird dieser Mord auch in Polen Stalin zugeschrieben.

Man kann schwer eine ausweichendere Ausflucht finden. Sie zeigt, daß Gomulka angesichts der Stimmungen in Polen, wo die Katynfrage durch eine Anzahl von Rundfunksendungen des Senders „Freies Europa“ aufgeführt wurde, gezwungen war, das Schweigen über Katyn zu brechen, wobei er nicht wußte, wie er es machen sollte.

Gomulka hat 16 Jahre geschwiegen. Zum letztenmal hat er über Katyn auf dem Parteitag der PPP am 6. Dezember 1945 gesprochen. Damals hat er alle Lügen der sowjetischen Propaganda wiederholt.

Realität in Anfängerstrichen

Morgenstern hat den hübschen Satz geprägt, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Und doch ist in unserem heutigen Dasein so vieles da, was nach den Gesetzen der Moral, der Freiheit, des Rechtes und der personalen Integrität nicht da sein dürfte. Die Zone ist beispielsweise da, die Mauer, die Konzentrationslager, Folterungen und Quälereien durch die Polizei gibt es sogar, wo sie nach den Gesetzen der Demokratie nie und nimmer da sein sollten. Und umgekehrt: Was da sein sollte, ist wieder nicht da, wie unsere Heimat beispielsweise oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Es gibt viele Überkluge, die sofort bereit sind, vor jeder sogenannten „Realität“ zu kapitulieren, die sie als festen Bestandteil abschätzend als einfach gegeben hinnehmen. Ist etwas, das de facto da ist und im Augenblick nicht geändert werden kann in Wirklichkeit real? Das ist schwer zu entscheiden, denn es gibt auch eine Scheinrealität. Haben die Realisten recht, uns zu raten, „Unabänderliches“ hinzunehmen?

Die Erfahrungen der Geschichte sind andere. Wo sind viele, scheinbar so fest stehende, gewaltigen Reiche geblieben? Und umgekehrt, was als ausgesprochene Utopie galt, ist es nicht zur Wirklichkeit geworden? Beispielsweise die Entstehung eines israelischen Staates nach fast 2000 Jahren der Diaspora.

Solange nämlich eine Realität bestritten wird, ist sie nur in einer sehr unsicheren Weise real. Das heißt, sie beruht auf augenblicklichen Machtverhältnissen und kann jeder Zeit geändert werden. Im allgemeinen haben jene Änderungen, die radikal sind, am wenigsten Aussicht auf Dauer. Bei gewaltigen Ausschlägen pflügt das Pendel auf einer mittleren Linie stehen zu bleiben.

Niemals dürfen wir Rechte aufgeben, die ihrem Wesen nach unabänderlich und dauernd sein müssen. Wir müssen jede Realität bestreiten, die nicht auf dem Recht gründet, sondern brutale Macht an Stelle des Rechtes setzen möchte. Nur so können wir den latenten Zustand des nicht endgültig Gelöstseins aufrechterhalten, und diejenigen, die sich an Freiheit und Recht vergangen haben, beunruhigen.

Leider neigt unsere Zeit dazu, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Der Mensch von heute, überfordert, müde, zerquält, ohne feste Wertmaßstäbe möchte so gern die Sieben gerade sein lassen und sich um des lieben Friedens und der eigenen Ruhe willen mit Dingen abfinden, zu denen sein Gewissen deutlich nein sagt. Es kann nichts Gutes aus so einer passiven Haltung herauskommen.

Resignation ist Gefahr, ist sogar Schuld. N

Bisher nur auf kleiner Flamme gekocht

Fragen des heimatvertriebenen Landvolkes auf der Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene

In der Sitzung des Ausschusses für Heimatvertriebene am 14. Februar, an der u. a. Bundesminister Mischnick, Staatssekretär Nahm und Min.-Dir. Nonhoff vom Bundesernährungsministerium teilnahmen, wurde vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ein Bericht über die bisherigen Ergebnisse der bäuerlichen Siedlung und vom Bundesvertriebenenministerium ein Bericht über die zur Verstärkung der Eingliederung des heimatvertriebenen Landvolks beabsichtigten Maßnahmen erstattet.

Zuvor hatte Landsmann Reinhold Rehs (MdB) als Vorsitzender des Ausschusses betont, daß man bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes bisher nur auf kleiner Flamme gekocht habe. Man habe in den vergangenen Jahren zwar wiederholt große Worte gebraucht, aber praktisch die notwendigen Entschlüsse immer vor sich hergeschoben. Ein deutlicher Beweis hierfür sei die Tatsache, daß die Haushaltsvorgriffe für Siedlungsdarlehen und Zuschüsse bereits die Summe von 290 Mill. DM erreicht habe und der Haushaltsansatz 1962 damit bereits fast zur Hälfte verbraucht sei, ehe er durchs Parlament gehe.

In der letzten Sitzung des Vertriebenenausschusses im vorigen Bundestag, am 22. Juni 1961, so führte der Redner aus, habe er auf Grund des damaligen ministeriellen Berichts über das Siedlungsergebnis der Jahre 1954 bis 1958 feststellen müssen, daß es sich hierbei praktisch nur um gegriffene Zahlen gehandelt habe. Er habe deshalb damals erklärt, daß das Problem der bäuerlichen Siedlung eines der ersten und dringlichsten Probleme im neuen Bundestag sein müsse und den zuständigen Ministerien eindringlich nahegelegt, diese Probleme in der Zwischenzeit gründlich zu durchdenken, damit dem neuen Bundestag hierfür konkrete und objektiv zuverlässige Unterlagen und Vorschläge unterbreitet werden könnten.

Diese Forderung sei heute einzulösen. Alle Beteiligten, die Betroffenen wie das Parlament — und das sollte auch für die Ministerien und die Verwaltungen gelten — haben ein Interesse daran, in diesen Fragen endlich festen Boden unter die Füße zu bekommen; dies sei um so dringlicher, als der sogenannte Fünfjahresplan seinem Ende zugehe.

Der Abgeordnete Rehs schlug deshalb vor, die Beratungen zu dem Fragenkomplex in drei Teile zu gliedern:

Eine Bestandsaufnahme über das bisher wirklich Erreichte.

Reform der Unfallversicherung

Im Rahmen der großen Sozialreform, die vom alten Bundestag begonnen, aber dann zurückgestellt wurde, sollte auch eine Korrektur der Unfallversicherung vorgenommen werden. Sie gehört nun zu den ersten sozialpolitischen Entscheidungen, denen sich die Abgeordneten in Bonn gegenübersehen. Selbstverständlich muß für die Opfer von Arbeitsunfällen noch viel geschehen. Ebenso wichtig ist es aber auch, daß die Betriebsunfälle auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Die Rente oder die einmalige Abfindung für sogenannte Bagatellschäden und die Anpassung der Unfallrenten an die gestiegenen Lebenshaltungskosten sind zweifellos wichtig. Aber noch wichtiger ist die Vorsorge zur Verhütung dieser Unfälle.

Daß hier noch nicht alles zum besten bestellt ist, kann kaum bestritten werden. Denn seit 1950 ist die Zahl der Arbeitsunfälle in der Bundesrepublik von 1,4 Millionen im Jahr auf über drei Millionen gestiegen. Sicher hat die Ausschöpfung der letzten Arbeitskraftreserven die Unfallhäufigkeit vermehrt. Aber ebenso sicher hätte mancher Unfall vermieden werden können. Auf einer Tagung in Bonn wurde jüngst bekannt, daß von 35 000 größeren Betrieben in der Bundesrepublik nur etwa 300 einen hauptamtlichen Sicherheitsbeauftragten haben. So ist auch der Ruf nach „harten Mitteln“ zu verstehen, das heißt, Betriebe mit verhältnismäßig wenigen Unfällen sollten mit einer Senkung der Beiträge für die Unfallversicherung belohnt, dagegen nachlässige Unternehmen mit Beitragszuschlägen bestraft werden. Bei einer Reform der Unfallversicherung werden diese Fragen eine wichtige Rolle spielen. HK

Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Chefredakteur: Eitel Kaper, zugleich verantwortlich für den politischen Teil. Für den kulturellen und heimatgeschichtlichen Teil: Erwin Scharfenorth. Für Soziales, Frauenfragen und Unterhaltung: Ruth Maria Wagner. Für landsmannschaftliche Arbeit, Jugendfragen, Sport und Bilder: Joachim Plechowski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Karl Arndt (Sämtlich in Hamburg.)

Unverlangte Einsendungen unterliegen nicht der redaktionellen Haftung, für die Rücksendung wird Porto erbeten.

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Fördererkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.

Anmeldungen nehmen jede Postanstalt und die Landsmannschaft Ostpreußen entgegen. Monatlich 1,50 DM.

Sendungen für Schriftleitung, Geschäftsführung und Anzeigenabteilung: (24a) Hamburg 13, Parkallee 84/86. Telefon: 45 25 41/42. Postscheckkonto Nr. 907 00 (nur für Anzeigen).

Druck: Gerhard Rautenberg, (23) Leer (Ostfriesland), Norderstraße 29/31. Ruf: Leer 42 88.

Auflage um 125 000

Zur Zeit ist Preisliste 11 gültig



Eine Überprüfung der gegebenen Realitäten (Zahl der noch vorhandenen Siedlungswilligen bzw. Umfang des Siedlungsbedarfs; der für die echte Siedlung in Frage kommenden Landesreserve; des Landanfalls auf dem Gütermarkt usw.).

Überprüfung der sich aus den Feststellungen zu den beiden ersten Punkten als notwendig ergebenden Maßnahmen und der hierfür benötigten Mittel.

In der Aussprache stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Frehsee der Regierung eine Reihe von Fragen, die nur teilweise und nicht voll befriedigend beantwortet werden konnten, so unter anderem:

1. „Ist es zutreffend, daß nur 3 bis 4 Prozent der mit 400 000 niedrig geschätzten Gesamtzahl der heimatvertriebenen oder geflüchteten Bauernfamilien Eigentums-Vollerwerbsstellen erhalten haben?“ Die Vertreter der Regierung mußten diese Frage bejahen.

2. „Welchen Anteil haben die heimatvertriebenen Bauern an den im Rahmen des Strukturwandels freigeordneten oder ausgegebenen landwirtschaftlichen Betrieben?“ Keine Antwort; daraufhin Feststellung von Frehsee: Seit 1949 127 500 Stellen ausgelegt, davon 28 000 Vollerwerbsstellen; aber seit 1956 Rückgang der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik um fast 400 000.

3. „Hat sich das Bundesbaugesetz nachteilig für die Vertriebenensiedlung ausgewirkt, indem es einen Anstieg der Grundstückspreise auslöste?“ Während der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten diese Frage verneinte, bejahte sie der Vertreter des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte ausdrücklich.

Wieder nur Stückwerk?

Zu einem Gespräch über Vertriebenenfragen hatte der Kreisverband Lübeck der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 10. Februar Vertreter der Landsmannschaften und der Vertriebenenverbände eingeladen. An dem Gespräch nahmen die Bundestagsabgeordneten der SPD Wenzel Jaksch, Reinhold Rehs, Karl Regling und das Mitglied des Bundesvorstandes der SPD, Stephan, teil.

Der Vizepräsident des BdV, Wenzel Jaksch, sprach über die Arbeit der Vertriebenen-Abgeordneten seiner Partei im Bundestag. Er berichtete über die Beratungen im Heimatvertriebenen-Ausschuß (dessen Vorsitzender unser Landsmann Rehs ist) und im Lastenausgleichsausschuß des Bundestages. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß ein 16. und 17. Änderungsgesetz zum LAG in Vorbereitung ist, das noch in diesem Jahre, als 1962, zur Vorlage in den Bundestag kommen soll.

Der sachliche Vortrag des Bundestagsabgeordneten Jaksch zeigte die großen Schwierigkeiten, mit denen die heimatvertriebenen Abgeordneten im Bundestag zu kämpfen haben. Anschließend wurden die Vertreter der Landsmannschaften und der Vertriebenenverbände gebeten, ihre Sorgen und Wünsche bezüglich des Lastenausgleichs und anderer Fragen vorzubringen.

Zusammenfassend kann hierzu folgendes gesagt werden:

Alle Vertreter waren der Ansicht, daß die 14. Novelle wohl einige Verbesserungen gebracht habe, daß diese Novelle aber keinesfalls das gebracht hat, was zu erreichen möglich gewesen wäre.

Die Hauptforderungen, die an diesem Tage das Gesprächsthema bildeten, werden nachstehend noch einmal klar herausgestellt:

1. **Aufhebung des Stichtages** (31. Dezember 1952), mit allen daraus resultierenden Änderungen und Bereinigungen auf diesem Gebiet. Es darf unserer Ansicht nach nicht Anstoß daran genommen werden, daß mit der Aufhebung dieses Stichtages eine Unzahl weiterer Paragraphen abgeändert werden muß.
2. Eine ganz klare Regelung der **Altersversorgung der ehemals Selbständigen**, deren Rente in bezug auf ihre Höhe auf jeden Fall ihren früheren Besitzverhältnissen anzugleichen ist.
3. Wesentliche **Verbesserung der Hauptentschädigung** und hierbei Beseitigung der unhaltbaren **Degression** im § 246. Ehe diese nicht beseitigt ist, darf von Verkehrswerten nicht gesprochen werden.
4. Rückfluß des hundertprozentigen Anteils an der **Vermögenssteuerabgabe der Länder** für den Ausgleichsfonds (der mit dem 8. Änderungsgesetz auf 25% dieser Steuern gekürzt wurde), zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen. Eine Begründung der Kürzung um 75% ist aus dem Gesetz nach dem 8. Änderungsgesetz nicht ersichtlich.
5. Das **Bundesausgleichsamt** resp. das Bundesfinanzministerium muß veranlaßt werden, endlich eine genaue Schätzung der **Durchschnittshöhe des Grundbetrages** zu errechnen, damit man mit gutem Gewissen die Reserven, die auf jeden Fall im Ausgleichsfonds noch vorhanden sind, voll ausschöpfen kann. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß geplant ist, den Lastenausgleich bis zum Jahre 1971 abzuwickeln, dürfen durch die verkürzte Laufzeit die Zuflüsse zum Fonds nicht geringer werden.
6. Schaffung eines **Feststellungsgesetzes** für

Im Verlaufe der Aussprache wurde von Ministerialdirektor Nonhoff vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten u. a. darauf hingewiesen, daß der Bund für die Siedlungsdurchführung nicht zuständig sei und daß die Verantwortung hierfür bei den Ländern liege. Ebenso wie der Abgeordnete Frehsee wies Landsmann Rehs hierzu mit allem Nachdruck darauf hin, daß das Ringelspiel mit dem Schwarzen Peter zwischen Bund und Ländern in dieser Frage keinesfalls weitergehen dürfe. Bis zur nächsten Sitzung müsse eindeutig geklärt werden, wo die wirkliche Ursache liege, und dann müßten daraus klare Konsequenzen gezogen werden.

Wenzel Jaksch warnte vor den vielfachen Zweckargumenten, die gegen die Weiterführung der bäuerlichen Siedlung und insbesondere auch gegen die Nebenerwerbsstellen angeführt würden. Es sei notwendig, die Überprüfung etwa des Siedlungswillens von solcher zweckbestimmten Beweisführung freizumachen.

Bis zur nächsten Sitzung sollen die Statistiken ergänzt, die noch offen gebliebenen Fragen geklärt und die erforderlichen Unterlagen vorgelegt werden.

Landsmann Rehs wies abschließend eindringlich darauf hin, daß durch die Zeitdauer der weiteren Beratungen zu dem Gesamthema die dringlichen Entscheidungen im kommenden Bundeshaushalt nicht leiden dürften. Er fragte den Vertriebenenminister — unter Bezugnahme auf die Erörterungen im Bundesrat bezüglich des vom Finanzminister verlangten Aufteilungs-schlüssels zwischen Bund und Ländern von 2:1 und den Streit um die Summe von 200 Mill. DM — ob (von anderen Vorbehalten hierzu abgesehen) — wenigstens der derzeitige Haushaltsansatz für 1962 in Höhe von 650 Millionen DM auch voll erfüllt werden würde. Der Minister macht sich hierfür stark.

Vor der nächsten Sitzung wird der Ausschuß eine Vollbauernstelle, eine Nebenerwerbs-siedlung und einen von einem Vertriebenen übernommenen Hof besichtigen, um sich einen Eindruck von der Praxis zu verschaffen.

Sowjetzonenflüchtlinge, für das jedoch Mittel aus dem Lastenausgleichsfonds nicht entnommen werden dürfen.

Alle Vertreter der Verbände baten die Bundestagsabgeordneten der SPD, sich für diese Forderungen mit allem Nachdruck einzusetzen.

Im Schlußreferat wies Landsmann Rehs auf die Schwierigkeiten hin, die hinsichtlich der Realisierung sämtlicher Forderungen noch im Wege stehen könnten. Er betonte, daß der Gesamtverband jetzt endlich Forderungen stellen müßte, die als echte Forderungen der Vertriebenen angesehen werden sollten.

In diesem Zusammenhang wird auf einen Bericht in der Bild-Zeitung vom 13. Februar verwiesen, nachdem der Bundesernährungsminister Schwarz bei seinem „Grünen Bericht“ für 1962 bekanntgegeben hat, daß an die einheimische Landwirtschaft in den letzten 5 Jahren an Zuschüssen, Krediten und Steuervergünstigungen vom Bund 20 Milliarden zur Verfügung gestellt wurden. Wir als vertriebene Landwirte wissen sehr wohl, daß derartige Dinge notwendig sind, wenn sie von den Empfängern ordnungsmäßig verplant und eingesetzt werden.

Wir haben aber auf keinen Fall Verständnis dafür, daß man als Vertriebener bei der Be-

handlung des Lastenausgleichsgebarens immer wieder mit Stück- und Flickwerk hingehalten wird. Der Präsident des BdV, Krüger, sollte an das Beispiel der „Grünen Front“ denken, die den Bundesernährungsminister Schwarz vorbildlich unterstützt. Von ihm erwarten wir die gleiche Initiative, wie sie Bundesminister Schwarz in Brüssel bei der EWG gezeigt hat. Von dem Präsidenten des BdV erwarten wir, daß er dem Bundesvertriebenenminister die entsprechende „Schützenhilfe“ gibt, so wie es die Verbandsvorsitzenden des Bauernverbandes in den Ländern in ihren Angelegenheiten getan haben. Bis zum heutigen Tage haben wir leider sehr wenig darüber gehört, und wenn wir etwas hörten, so war es nicht das, was wir erwarteten. Wir verlangen jetzt endlich eine klare Sprache!

Aus den Ausführungen des Bundestagsabgeordneten Jaksch war zu entnehmen, daß innerhalb der 16. und 17. Novelle anscheinend eine Verbesserung der Hauptentschädigung noch nicht geplant ist. Wir fragen die Verantwortlichen, ob dieses Thema erst wieder am Ende der Legislaturperiode aufgegriffen und dann das Ganze wieder mit einer Hast behandelt werden soll, die auf keinen Fall klare Erkenntnisse zuläßt. Der Präsident des Gesamtverbandes und der Bundesvertriebenenminister werden aufgefordert, vor der Öffentlichkeit zu den angesprochenen Dingen einmal ganz klar Stellung zu nehmen. Es darf nicht zugelassen werden, daß um diese Fragen weiter herumgeredet wird.

Wir wollen keine Wahlgeschenke, wir wollen nur unser Recht! K. K.

Bis zu 22 Milliarden DM

Der Präsident der zionistischen Weltorganisation und des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Nahum Goldmann, führte kürzlich in Bonn Verhandlungen über weitere Kredite und Zahlungen der Bundesrepublik an Israel im Rahmen der Wiedergutmachung. Diese Verhandlungen, die auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen, geben der israelischen Zeitung „Jedioth Chadaschoth“ Gelegenheit, festzustellen:

„... Wir sollten alles tun, um eine Redigierung des Wiedergutmachungs-Schlußgesetzes zu erzielen, die den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert, nicht nur im Interesse dieser Betroffenen selbst, sondern auch im Interesse Israels.“

Vor zehn Jahren hatte Dr. Goldmann im Gespräch mit Adenauer die Gesamtsumme der von Westdeutschland zu leistenden Entschädigungen, d. h. Reparationen plus Individualzahlungen auf maximal 6 Milliarden DM veranschlagt. Der damalige westdeutsche Finanzminister ging darüber hinaus, rechnete mit 8 Milliarden und hielt dies für eine unerträgliche Belastung des westdeutschen Fiskus und Steuerzahlers.

Die Wirklichkeit sieht so aus: Reparationen plus Individualentschädigungszahlungen, davon 80 Prozent an die jüdischen Verfolgungsoffer, werden nach Erledigung aller Ansprüche schätzungsweise 22 Milliarden DM betragen! Westdeutschland wird unter dieser Last genauso wenig zusammenbrechen, wie es bisher durch die Zahlungen nicht übermäßig (?) beansprucht war.“

Hinweise für unsere Leser

Wir leben immer fettiger! Im Wirtschaftsjahr 1960/1961 ist der Reinfettverbrauch der Bevölkerung der Bundesrepublik auf 126 g pro Kopf und Tag angestiegen. Davon entfielen 69 g auf den sichtbaren und 57 g auf den unsichtbaren Fettverbrauch (in Speisen und Nahrungsmitteln). Im laufenden Wirtschaftsjahr wird mit einer weiteren geringfügigen Erhöhung unseres Fettkonsums gerechnet. (NP)

Gomulka nach wie vor „engster Berater“ Chruschtschews

Washington (hvp) Amerikanische Beobachter in Warschau haben gemeldet, daß es Gomulka gelungen sei, seine Rolle als „engster Berater Chruschtschews“ zu sichern und auszubauen. Es soll ihm gelungen sein, dem sowjetischen Ministerpräsidenten klarzumachen, daß es zweckmäßig sei, die Auseinandersetzungen mit der albanisch-chinesischen Gruppe im Ostblock „nicht zu weit zu treiben“. Dasselbe gelte auch für die Behandlung der sogenannten „partei-feindlichen Gruppe“, die zwar nach wie vor in sowjetischen Publikationen scharf angegriffen, gegen die aber sonst nicht weiter vorgegangen wird. Als Beleg dafür wird angesehen, daß Woroschilow wieder als Kandidat für den Obersten Sowjet aufgestellt worden ist, wenn auch allein durch einen wenig repräsentativen „Wahlkreis“. Der dritte Erfolg Gomulkas soll darin bestehen, daß es Gomulka gelungen sei, sicherzustellen, daß die sowjetische außenpolitische Planung gegenüber Deutschland mit der Forderung nach „endgültiger Festlegung“ der Oder-Neiße-Linie verbunden bleibe, wie dies auch bereits in dem sowjetischen Memorandum vom 27. 12. 1961 zum Ausdruck kam.

Als wichtigstes Kennzeichen der rotpolnischen Position wird es betrachtet, daß Gomulka nicht nur die Genehmigung, sondern offenbar geradezu den Auftrag erhalten hat, einen Handelsvertrag mit Albanien abzuschließen. Diese Maßnahme soll darauf zurückzuführen sein, daß Gomulka den sowjetischen Parteichef vor den Gefahren eines endgültigen „Abdrängens“ Albaniens nach China und eventuell auch nach dem Westen hin gewarnt haben soll. Gomulka wäre es also dann gelungen, Chruschtschew die eigene polnische „Schaukelpolitik“ zwischen Moskau und Peking als „Gewinn für das ganze sozialistische Lager“ hinzustellen. Daß Gomulka sich den Auftrag sicherte, den Handelsvertrag mit Tirana abzuschließen, also keineswegs im Widerspruch zu Moskau handelte, gehe, so

meinen westliche Beobachter, auch daraus hervor, daß Prag dem Beispiel Warschaus unverzüglich folgte und auch seinerseits einen Handelsvertrag mit Albanien abschloß.

Gleichzeitig sei Gomulka, heißt es weiterhin, derjenige, der auch Ulbricht die sowjetische außenpolitische Linie „interpretiert“. Gomulka habe Ulbricht wissen lassen, daß er einen schweren Fehler begehen würde, wenn er an den Maßnahmen Chruschtschews Kritik üben würde. Es gebe für Ulbricht nur einen einzigen Kurs: Alle Schwankungen Moskaus peinlich genau mitzumachen. Damit wolle Gomulka ganz offensichtlich verhindern, daß Ulbrichts Kritiker im Kreml Oberwasser bekommen, zumal er — Gomulka — an der Zementierung der Teilung Deutschlands lebhaft interessiert sei. Die kürzlichen Verlautbarungen von sowjetischer Seite zum „Rapallo-Komplex“, mit denen Moskau versicherte, es gehe um den „Geist von Rapallo“, während sonst — „real“ — eine „Wiederholung von Rapallo unmöglich“ sei, werden auf den Einfluß Gomulkas zurückgeführt.

Schließlich habe Gomulka erreicht, daß Chruschtschew nicht mehr auf einer scharfen „Sozialisierung“ der polnischen Landwirtschaft bestanden habe. Das sei der Sinn der amtlichen polnischen Behauptungen gewesen, die polnische Landwirtschaft habe im Vorjahre die Hektarerträge bei Getreide gegenüber 1960 steigern können. Diese Behauptung habe Chruschtschew um so mehr beeindruckt, als die sowjetischen Erträge in der gleichen Zeit zurückgegangen seien, was auch für die anderen Satellitenstaaten gelte.

Die Kontakte zwischen der polnischen KP und der KPdSU seien entsprechend eng. Erst kürzlich habe der Chef der Auslandsabteilung der polnischen KP, Chesak, mit einer Delegation Moskau besucht, woraufhin eine sowjetische Delegation unter der Leitung von Demitschew Warschau einen Gegenbesuch abstattete.